

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— Mk. bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. Bestellgeld vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf. Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Leipzig
Telefon 13693 — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon 4598**

Inseratenpreis: Die 7 gelbaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk. bei Vorauszahlung 2.30 Mk. Familienanzeigen die 7 gelbaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — **Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721**
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

An die Arbeiterschaft Leipzigs!

Zum zweiten Male jährt sich der Tag der deutschen Revolution. Schwere Sorgen lasten auf dem arbeitenden Volke, und nichts ist von den Erwartungen erfüllt, die am 9. November 1918 die Herzen der deutschen Proletarier begeisterte. Aber trotz der Not und der Entbehrungen, trotz Arbeitslosigkeit und der drohenden Gefahren der kapitalistischen Reaktion rufen wir die gesamte Arbeiterschaft Leipzigs auf, durch **Arbeitsruhe am 9. November** zu bekunden, daß sie festhält an den revolutionären Forderungen des klassenbewußten Proletariats, und daß sie frohen Herzens bereit ist, die höchsten Opfer zu bringen für den **Sozialismus**. Der Kampf um die **Sozialisierung des Bergbaues** beginnt. Die Demonstration am Revolutionstag soll ein Selbstzweck sein, daß das Leipziger Proletariat in diesem Kampfe nicht zurückweichen wird, bis es im Verein mit seinen Klassengenossen den Sieg errungen hat.

Arbeiter! Angestellte! Beamte! Es lebe der 9. November!

Bezirksleitung U. S. P. D. Leipzig.
Gewerkschaftshauptstelle Leipzig.

Für Arbeitsruhe am 9. November in Groß-Berlin.

Berlin, 5. November. (Eigene Drahtmeldung der U. S. P. D.) In der Freiheit veröffentlicht der Bezirksverband Berlin-Brandenburg, sowie die Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung einen Aufruf, den 9. November durch Arbeitsruhe zu feiern. Die Gewerkschaftskommission führt ihrem Aufruf den Satz hinzu: „Insbesondere gilt es, an diesem Tage ein Gelübnis abzulegen für den ersten Schritt zum Sozialismus, die Sozialisierung des Bergbaues.“

Berlin, 5. November. (Eigene Drahtmeldung der U. S. P. D.) Die Note Fahne enthält natürlich einen Aufruf Sinowjews zum 7. November, der Gedentag der russischen bolschewistischen Revolution im Jahre 1917, den die Alt- und Neu-Kommunisten im Gegensatz zum 9. November feiern, der mit den Worten schließt: „Möge auf Euren Fahnen am Tage des 7. November geschrieben stehen: Es lebe die Sowjetmacht in der ganzen Welt! Es lebe die Diktatur des Proletariats! Es lebe der Arbeiteraustausch! Es lebe die aktive Unterstützung Sowjet-Rußlands! Kein Geschloß an die Feinde Sowjet-Rußlands! Es lebe die Kommunistische Internationale!“

Die Münchener Polizei ist unschuldig.

München, 4. November. Der mit der Angelegenheit Dobner beauftragte parlamentarische Untersuchungsausschuß hat nach kurzer Aussprache über das Ergebnis der Zeugenvernehmungen mit 13 gegen 2 Stimmen folgenden Antrag zum Beschluß erhoben: Die Frage, ob Organe der Münchener Polizeidirektion eine Organisation bildeten, die sich zur Aufgabe gestellt hat, Menschen gewaltsam zu beiseite zu räumen, ist nach dem Ergebnis der Untersuchungen des Ausschusses mit Nein zu beantworten. Der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Heß, wurde beauftragt, über dieses Ergebnis der Volkversammlung des Landtags Bericht zu erstatten.

Keine Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

München, 4. November. In der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses des Landtags wurden die Anträge der Sozialdemokraten und Unabhängigen betr. Aufhebung des Ausnahmezustandes vom 4. 11. 19 gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Die Anschlußfrage auf dem Parteitag der österreichischen Sozialisten.

Berlin, 5. November. (Eigene Drahtmeldung der U. S. P. D.) Auf dem morgen beginnenden sozialdemokratischen Parteitag in Wien wird der österreichische Gesandte in Berlin, Professor Guido Hartmann, beantragen, ein Referendum für den Anschluß Österreichs an Deutschland zu verlangen. Die neue österreichische Verfassung bestimmt bezüglich des Volksbefehrens, daß jeder von 200 000 Stimmberechtigten oder jeder von der Hälfte der stimmberechtigten Länder gestellte Antrag von der Bundesregierung dem Nationalrat zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung vorzulegen ist. Als Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist der Genosse Henke zum Parteitag nach Wien gefahren.

Die Regierungsbildung in Oesterreich.

Berlin, 5. November. (Eigene Drahtmeldung der U. S. P. D.) Ueber die Kabinettsbildung in Wien wird gemeldet. Die Bildung des neuen Kabinetts dürfte im Laufe dieser Woche beendet sein. Die Meldungen bestätigen übereinstimmend, daß Dr. Schober, der jetzige Wiener Polizeipräsident, als Bundeskanzler an die Spitze der Regierung treten wird. Man behauptet, daß die Wahl Schobers nicht zuletzt auf die Einflüsse der Wiener Entente-Kreise zurückzuführen sei, die in Schober die einzige Persönlichkeit sehen, die stark genug ist, die gegenwärtige „Verwaltungsanarchie“ zu beenden und den „Wiederaufbau der Wehrmacht durchzuführen“. Bezüglich der Besetzung des Staatsamtes für Aeußeres ist eine endgültige Entscheidung noch nicht gefällt. Es ist nicht bestimmt, ob Staatssekretär Maier, der für diesen Posten in Aussicht genommen ist, nicht für die Präsidentschaftskandidatur wird. Sollte Maier Bundespräsident werden, so wird das Aeußere einem Diplomaten oder Beamten zufallen. Von den gegenwärtigen christlich-sozialen Kabinettsmitgliedern dürfte Dr. Heintz für das Handelsportefeuille, Hans für Ackerbau, Reich für soziale Verwaltung in Frage kommen. Für Finanzen rechnet man mit dem Seklonschef Dr. Grimm, dem Generalsekretär der Oesterreichisch-Ungarischen Bank, Dr. Kapp, bezw. dessen Vorgänger Dr. Schmid. Das Innere soll Brexler behalten, ebenso sollen Eisenbahn und Justiz unverändert bleiben, wenn die Großdeutschen eine gewisse Mitarbeit an der Regierung zugesagt werden. Man nimmt an, daß das Kabinett bis morgen abend fertiggestellt sein wird.

Den Christlich-Sozialen graut es vor der Verantwortlichkeit, die ihnen durch ihren Sieg zuzufallen ist. Jetzt, wo sie ihre schwindelhaften Versprechungen erfüllen sollen, wo sie beweisen sollen, daß die Sozialdemokratie an allem Schuld ist, jetzt wollen sie die Tatsache, daß sie nun Oesterreich regieren, möglichst verschleiern. Deshalb schließen sie möglichst viele Beamte in die Regierungsgeschäfte, die nicht direkt als christlich-soziale Politiker hervorgetreten sind. Sie werden indes durch diese Maßnahme nicht verbündet können, daß die Regierung eine christlich-sozialen ist!

Weißgardistische Verschwörungen in Sowjet-Rußland.

Berlin, 5. November. (Eigene Drahtmeldung der U. S. P. D.) Der Stockholmer Korrespondent des Berliner Tageblatts meldet nach Heisinger Nachrichten der Stockholms Tidningen allerlei unkontrollierbare Behauptungen über schwere Bauernunruhen, Verhaftungen von Generälen, Meuterei des Generals Balachowski usw.

Sicher ist vorerst nur, daß die Sowjetregierung sich gegen gegenrevolutionäre Pläne gerichtet hat. Laut Kosta gibt Tschicherin zu, daß außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen in Moskau getroffen wurden wegen der vom Ausland geschmiedeten terroristischen Pläne. Indessen werden von Tschicherin alle Gerüchte von Meutereien sowie Aufrufe im Innern Russlands als völlig von der Luft gegriffen bezeichnet. Ueber die von Tschicherin erwähnten terroristischen Pläne, die im Ausland geschmiedet werden, machte der Vorsitzende des Außerordentlichen Verteidigungsausschusses Tscherschinski in einer Sowjetversammlung in Moskau nähere Angaben. Es bestche eine Weißgardistenverschwörung, die in Moskau entdeckt wurde und die im Rücken der Roten Armee eine Reihe von Taten organisieren, um auf diese Weise Wrangel, dem jetzt hart von der Roten Armee zugeföhrt werde, zu helfen. Sämtliche Verschwörer seien verhaftet. Es sollen ferner geheime Ententeagenten, die terroristische Attentate im Sinne haben, in Rußland eingetroffen sein.

Das Gerücht über die Meuterei eines Generals wird in folgender Nachricht näher umrissen:

M. Kopenhagen, 4. November. Aus Moskau ist die Nachricht eingetroffen, daß General Balachowski die Stadt Minsk besetzt hat. Er habe die Absicht, mit der Weissen Armee nach Moskau zu marschieren und näherte sich schon Smolensk. In Moskau und Smolensk sollen Unruhen ausgebrochen sein. Bei der Abgeschlossenheit Rußlands und der Tatsache, daß es dort nur eine bolschewistische Presse gibt, die nichts bringt, was den Interessen der Bolschewistik entgegenzulaufen scheint, ist es zunächst unmöglich, festzustellen, ob oder wieviel an dieser Meldung Wahres ist.

Konstantinische Kundgebungen in Athen.

Berlin, 5. November. (Eigene Drahtmeldung der U. S. P. D.) Das Britisch-Amerikanische Pressebureau meldet aus Athen: Gen. Velos hat die Bepfechtung der Thronfolgerfrage am 1. November freigegeben. Athener Zeitungen erscheinen seit 3 1/2 Jahren zum erstenmal wieder mit großen Bildern des Königs Konstantin. Demonstrationen zogen die Stadt mit Bildern des Königs mit den Ruf: Nieder mit der Tyrannie! Nieder mit Benizelos! Hoch lebe Konstantin! Gegen Abend kam es zu Massenkundgebungen der Konstantiner. Die Sicherheitswache von Benizelos und die für Benizelos gesinnenden Offiziere schossen auf die Menge. Es gab mehrere Schwerverletzte und Tote.

Konstantin ist der Vater des gestorbenen Königs. Er mußte während des Weltkriegs abdanken, weil er sich dem Eintritt Griechenlands in den Krieg an der Seite der Entente widersetzte.

Die italienischen Gemeindevahlen.

Eine revolutionäre Atmosphäre lagert seit langem schon über Italien. Streiks und andre Aktionen der Arbeiterschaft, Besetzungen von Fabriken und Landgütern haben gezeigt, daß die Klassenregensätze bis zu mehr als gewöhnlicher Schärfe zugepißt haben und blutige Zusammenstöße zwischen dem Proletariat und der bewaffneten Macht, wie brutale Ausschreitungen nationalstiller Banden, die die Bureaus und Druckereten der Sozialisten zerstören, wiederholen sich so oft, daß man schließen könnte, der Moment stehe vor der Tür, wo diese lokalen Scharmügel ausmünden würden in einen das ganze Land umfassenden Zusammenstoß zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Indessen stellen sich Erscheinungen, wie das kluge Nachgeben Glottis bei der Fabrikbesetzungskampagne der italienischen Arbeiter und das Ausmünden dieser Aktion in ein Kompromiß mit der Unternehmerschaft, sowie die auffällige Zurückhaltung der politischen Bewegung in dieser Krisis solchen einfachen Schlußfolgerungen wieder entgegen. Es ist freilich bequem, wie das Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale, diesen Ausgang der letzten großen Bewegung des italienischen Proletariats einfach als das Ergebnis des Verrats der rechtsstehenden Sozialisten zu erklären, und turg zu dekretieren, daß die Zeit in Italien reif sei zur Revolution, unbekümmert darum, daß die Sozialisten Italiens, die die Verhältnisse doch wohl etwas besser beurteilen können, das Gegenteil behaupten. Aber solche Banalitäten tragen zur Erkenntnis der Wirklichkeit sehr wenig bei. Dem Proletariat muß es darum zu tun sein, zu wissen, wie die Dinge nicht nur im eignen, sondern auch in den Nachbarländern liegen, wieweit der Vormarsch des Proletariats dort gebietet ist, wie seine Aussichten für den Kampf um die Eroberung der politischen Macht stehen. Stellen ist für die Entwicklung der europäischen Arbeiterbewegung für den großen Kampf zwischen Weltproletariat und Weltbourgeoisie, der seit dem Weltkrieg in das akute Stadium getreten ist, von erheblicher Bedeutung. Deshalb sind alle Anzeichen, die uns über die politische und soziale Reife des Landes Auskunft geben können, von großer Wichtigkeit, und deshalb verdienen die italienischen Gemeindevahlen, die in den letzten Tagen in einem Teile Italiens stattgefunden haben und in andern Teilen des Landes in den nächsten Tagen vollzogen werden, genauere Beachtung. Ebenso wie aus dem Ergebnis der vor einigen Tagen getätigten Gemeinderatswahlen in dem andern, für die europäische Arbeiterbewegung wichtigen Lande, in England sich bedeutame Schlüsse über den Stand der politischen Erkenntnis in der Arbeiterklasse und damit über die nächsten Entwicklungsaussichten der Bewegung in der Welt überhaupt ziehen lassen werden, sobald genauere Unterlagen für das Urteil vorliegen, ebenso bieten die italienischen Wahlen wertvolles Material für solche Prüfung.

Aus England haben wir zunächst nur die aus kapitalistischen Blättern stammende Meldung, daß die Arbeiterpartei eine Niederlage erlitten hat. Ob es sich da bloß um eine zeitweise Zurückdrängung in den Mandateroberungen durch bürgerliche Koalitionen handelt, ob nicht etwa trotzdem ein Vorwärtreten der Wählerzahl zu verzeichnen ist, das wissen wir noch nicht. Die Nachrichten aus Italien, die zuerst eintrafen, haben dagegen sozialistische Siege gemeldet. Der Avanti, das Zentralorgan unserer italienischen Genossen, bietet in seiner Nummer vom 2. November die folgenden Angaben:

Boulogna: Die Abstimmung in 80 Sektionen ergab 18 170 Sozialisten, gegen 7985 für den konstitutionellen Block und 4694 Merkale. Die sechs fechtenden Sektionen können die sozialistische Mehrheit nur verstärken.

Ferrara: Unsere Liste hat mit 6000 Stimmen Mehrheit über alle Blockparteien gestiftet.

Modena: Die rote Fahne weht auf dem Balkon des Gemeindefaules. Eine imponante Kundgebung des Volkes begrüßt den Sieg, der der Partei Gemeindefaule und Provinzialrat sichert.

Reggio Emilia: Die Sozialisten erhielten 8700 Stimmen, die andern 2300.

Piacenza: Wir eroberten die Gemeinde mit 500 Stimmen Mehrheit und die sechs Posten in den beiden Provinzialbezirken. Wir haben auch die Gemeinde S. Antonio erobert mit ca. 450 Stimmen Mehrheit.

Cremona: Die Resultate der Wahlen in diesem Bezirk sichern der Partei endgültig die Mehrheit im Provinzialrat.

Pavia: Die sozialistische Liste erhielt 3293 Stimmen. Die Blockparteien bekamen 2387 Stimmen, die Merkale 950. Die Zahl unserer Vertreter ist durch die letzten Siege auf 46 von 50 gestiegen.

Abbiadegrasso: Die sozialistische Liste erzielte 5544, die Blockparteien 1685 Stimmen.

Mogor: Die sozialistische Liste vereinte 6481 Stimmen gegen 4091 der Radikalen, für die all andern Parteien gestimmt haben.

Ugavano: In Gemeinde wie Provinz sind die sozialistischen Kandidaten mit über 2000 St. um. n. gewählt.

Novara: Wir eroberten die Gemeinde mit über 13 000 Stimmen Mehrheit. Auch fast alle Gemeinden des Bezirks. In den Provinzialratswahlen ist der Sieg unser für alle vier Siege mit etwa 2500 Stimmen Mehrheit.

Bobì: Die Sozialisten erzielten 2598, der Block 1677, die katholische Volkspartei 508 Stimmen.